

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

18.3.1922 (No. 66)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
G. A. M. E. N. D.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einjahrespreis 120 M. — Anzeigengebühren: 1.— M für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die eine größere Verbreitung als Kontroversen für den Staat hat, wird der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Mehr Staatsgefühl.

Von allen Klassenforschern und Soziologen, die zur besseren Würdigung der Eigenart unserer abend-ländischen Kultur diese in Vergleich setzen zu andern hochstehenden Kulturen, so vor allem zur ostasiatischen, ist immer wieder betont worden, daß das Abendland individualistisch orientiert sei, während in Asien, vorzugsweise aber in China, Japan und Indien, die soziale Orientierung vorherrsche. Stellt man diese individualistische Veranlagung des Abendlandes gebührend in Rechnung, so wird man manche Disharmonien und manche Gegensätze bei uns in Europa besser verstehen, als dies sonst auf den ersten Blick hin möglich wäre; man wird aber auch gleichzeitig begreifen, daß das Staatsgefühl ein Gefühl ist, welches durch den Zwang der Verhältnisse und durch die Energie hervorragender Führer dem Europäer erst nach und nach aneuerogen werden mußte.

Immer ist es das Machtgebot der herrschenden Klasse gewesen, das in Europa die übrigen Klassen zum Staatsgefühl und damit zu einer Art Gemeinheitsgefühl hingeführt hat. Von oben her, unter geschickter Benutzung der gegebenen Klassenunterschiede und der gegebenen „nationalen Eigentümlichkeiten“, ist dieser Prozeß in die Wege geleitet worden. Kein Wunder, daß das Gefühl noch nicht so recht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Und wenn überhaupt für unsere heutige Zeit etwas bezeichnend ist, so ist es die eigentlich beschämende Feststellung, daß noch nie so viel von der Notwendigkeit einer sozialen Einstellung des Menschen gesprochen, gleichzeitig aber auch noch nie dem sozialen Gedanken so sehr Hohn gesprochen wurde, wie heute. Immerhin wollen wir die Tatsache, daß in einem individualistisch orientierten Kulturgebiet der soziale Gedanke mit solchem Eifer und solcher Liebe erörtert wird, als einen Fortschritt verbuchen und daran die Hoffnung knüpfen, daß doch einmal in absehbarer Zeit der leidenschaftlichen Erörterung auch die leidenschaftlichen Taten folgen werden.

Die Erziehung zum Sozialgefühl wird aber, vornehmlich bei uns in Deutschland, nur durchgeführt werden können durch das Medium des Staatsgefühls. Und an dieser Erziehung haben seit mehr als einem Jahrhundert die besten deutschen Männer gearbeitet. Vielleicht darf es als ein Erfolg dieser Arbeit bewertet werden, daß es trotz aller Erschütterungen nach dem Zusammenbruch doch gelungen ist, den Bestand des Reiches und der Nation als solchen zu retten.

Begnügen dürfen wir uns jedoch damit nicht, zumal ja auch heute noch Kräfte am Werke sind, die die Existenz des Reiches von außen und von innen bedrohen. Und hinzu kommt die unselbige Ferkissenheit im Innern. Wer sich in die Kulturgeschichte gerade Ostasiens vertieft und die Berichte zuverlässiger und einwandfreier Forscher studiert, der wird immer wieder staunen über das starke Gemeinheitsgefühl, das den Ostasiaten auszeichnet und ihn befähigt hat, zwei große Staaten, wie China und Japan, über zwei Jahrtausende hin allen fremden Eingriffen zum Trotz am Leben zu erhalten.

Gewiß, das seelische Leben ist bei uns in Europa, weil es individualistisch gestimmt ist, reicher und bunter. Aber es ist auch um so viel verwirrter. Bei uns kann es vorkommen, daß in einer verhältnismäßig kleinen Gemeinde die Bewohner dieser Gemeinde von Gegenjahren zerrissen werden, wie sie in dieser Schroffheit für Nationen überhaupt undenkbar sind. Auf politischem, auf kulturellem, auf religiösem und sozialem Gebiet tun sich bei uns Klüfte auf, die so erschreckend breit und tief sind, daß man fast an ihrer Überbrückung verzweifeln möchte. Wir könnten dem Abendländer und dem Deutschen als einem seiner hervorragendsten Typen diese Differenziertheit durchaus gönnen, wenn das Staatsgefühl so stark wäre, daß es alle diese Gegensätze wenigstens in einem Punkte, nämlich in der Liebe zum gemeinsamen Vaterland und in der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am Staate, verschwinden ließe. Das ist aber bei uns leider nicht bzw. noch nicht der Fall.

Anfänge zur Besserung sind mannigfach vorhanden. Und wir sind weit entfernt davon, uns einem Pessimismus hinzugeben, wie er in Spenglers bekanntem Buch „Der Untergang des Abendlandes“ zu finden ist. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die abendländische Kultur noch auf sehr lange Zeit hin ihre weltgeschichtliche Aufgabe, die eine Aufgabe von höchster Bedeutung ist, erfüllen

wird. Allerdings nicht, wie wir früher meinten, in einer schließlich dominierenden Stellung, sondern in gleichberechtigtem Wettbewerb mit dem asiatischen Kulturkreis.

Voraussetzung für eine solche Meinung aber ist der Glaube an das Erstarben des Staatsgefühls. Leider sind wir Deutsche den westeuropäischen Nationen in dieser Hinsicht noch lange nicht ebenbürtig. Wir werden noch Jahrzehnte lang daran zu arbeiten haben, wenn wir unser ganzes Volk in allen seinen Schichten mit jenem Staatsgefühl durchdringen wollen, das allein uns in stand setzen wird, in dem großen Kampf der Kulturen ehrenvoll zu bestehen. Daß diese Erziehung zum Staatsgefühl als Vorstufe für die Erziehung zum Sozialgefühl gerade uns Deutschen bitter notwendig ist, sollte aber allgemach ein Jeder erkennen lassen. Und vielleicht wird dann schon die allgemeine Erkenntnis ausreichen, um auch die wirklich vollgültige und wirklich überzeugende Tat zu gebären!

Badische Wochenrückblicke.

Die Gas- und Strompreise in Mannheim.

Der kürzlich in einem Mannheimer Blatt erfolgte Hinweis auf den Betriebsüberschuss, den die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in Frankfurt erzielten — trotz niedrigerer Gas- und Strompreise, als sie in Mannheim erhoben werden —, hat in der Folge zu einer Polemik zwischen der erwähnten Zeitung, dem „Mannheimer Generalanzeiger“, und dem Bürgermeisterrat geführt, die ein gewisses Aufsehen erregte. In einer Aufschrift an den „G. A.“ wurde, wie schon kurz erwähnt, gesagt, daß auch die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Mannheim im Jahre 1920 einen Überschuss von 35 bis 37 Millionen Mark, also etwa das Dreifache des im Voranschlag genehmigten Betrags abgeworfen hätten und daß dieser aus den Taschen der Verbraucher geflossene Überschuss, von dem kein Stadtverordneter eine Ahnung gehabt habe, zur Deckung an Mehrausgaben auf anderen Gebieten verwendet worden sei. Dabei habe man sich am 28. Dezember 1920 Tarifserhöhungen der Gas- und Strompreise beim Bürgermeisterrat bewilligen lassen, mit der Begründung, daß die Abgleichung des Voranschlags für 1920 große Schwierigkeiten mache. Weiter wurde Beschwerde darüber geführt, daß von der kaufmännischen Leitung der städtischen Werke zurzeit noch kein ungefähres Bild der Betriebsergebnisse für 1921 zu erhalten sei, obwohl ein solches als Unterlage nötig gewesen wäre, als es sich darum handelte, die jüngste Gebührenerhöhung vorzunehmen, und erklärt, daß der Verbraucher sich gegen eine Tarifpolitik empöre, die ihn mit indirekten Steuern ungebührlich belaste. Auch die Abschreibungspolitik der Verwaltung wurde beanstandet.

Demgegenüber legte das Oberbürgermeisteramt in seinen Erwiderungen dar, daß der wirklich erzielte Überschuss unter Berücksichtigung der im Hauptteil für 1920 aufgeführten außerordentlichen Einnahmen (im Hinblick auf die bis zur Feststellung des Voranschlags gestiegene Produktion und die richtig gestiegenen Preise der Nebenprodukte, insbes. des Teers, usw.) nicht das Behauptete, sondern nur wenig über das Doppelte des veranschlagten Betrags erreicht habe. Ferner stellte sich dem Bürgermeisterrat auf den Standpunkt, daß Gas- und Elektrizitätswerke zum Haushalt der Stadt auch in Zukunft mindestens den gleichen verhältnismäßigen Anteil beitragen müßten, den sie vor dem Kriege gewährt hätten. Die Verwendung der in die Stadtkasse fließenden Überschüsse der Werke insbesondere etwa zu Abschreibungsarbeiten, bezeichnete das Bürgermeisterrat als Sache des Stadtrats. Die Erhöhung des Strompreises vom Dezember 1920 begründete es als — vielfach angefochtene — Finanzmaßnahme, die vor allem wegen der damaligen Gehalts- und Lohnserhöhungen geboten gewesen sei. Im übrigen wird in der amtlichen Erklärung darauf verwiesen, daß das Rechnungsjahr 1920 erst am 31. März 1921 endete, daß also die Verwaltung im Dezember 1920 das genauere Betriebsergebnis noch nicht habe kennen können.

Nach diesen Erklärungen des Bürgermeisterrates stellt sich die Angelegenheit allerdings anders dar, als es nach den erwähnten Veröffentlichungen den Anschein hatte. Vor allem wird von einer Überschreitung des im Etat vorgesehenen Überschusses in dem angegebenen Umfang nicht weiter die Rede sein können, da im Etat bereits ca. 16 Millionen vorgesehen waren. An sich verliert die Frage der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke als Steuerquelle nichts von ihrer grundsätzlichen Bedeutung, und sie wird vermuthlich, einmal in dieser Weise angeschnitten, im Stadtparlament noch zu lebhaften Erörterungen führen, wobei naturgemäß auch der Fortfall der Steuerfestständigkeit der Gemeinden und die Finanznöte der Städte eine Rolle spielen werden.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot in Oberbaden.

Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Wohnungsnot ist dieser Tage in Schopfheim getan worden. Die Industriegemeinden Oberbadens haben seit langem besonders schwer unter dem Mangel an geeigneten Wohnungen für Arbeiter und Angestellte zu leiden. Um diesem Mißstand abzuhelfen, wurde nunmehr der Industrie-Verband

Oberbaden, G. m. b. H., gegründet. Der auf gemeinsamer Grundlage errichtete Verband will die in Frage kommenden Gemeinden im Biesfeld- und im Rheintal durch Errichtung von Werkwohnungen von der immer dringlicher werdenden Sorge der Wohnungsbeschaffung entlasten. Die Gemeinden selbst sowie der Staat, der auch diesem Unternehmen seine Förderung angeheißt, läßt beteiligen sich mit Stammanteilen. Zunächst haben die Industriegemeinden des Bezirkes Schopfheim ihren Beitritt erklärt, während der Bezirk Lörrach bisher noch eine abwartende Haltung zeigte. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch die Gemeinden dieses Bezirkes sich über kurz oder lang an das Unternehmen anschließen. Im Interesse der Neubelebung der Vaulätigkeit, wie des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft überhaupt, ist die Gründung des neuen Verbandes aufs wärmste zu begrüßen.

Zum Durchbruch des Ronnenmattweihers.

Der vor kurzem erfolgte Durchbruch des Ronnenmattweihers hat bekanntlich eine Reihe von Ortschaften im kleinen Biesfeldtal aufs schwerste geschädigt. Der ganze Umfang dieser Schädigungen im Flußbett, an Weiden, Sträßen, Wäldern, Äckern, Wiesen, Gärten, Holz, Hausat und Lebensmitteln läßt sich auch heute noch nicht genau beziffern. Zurzeit sind verschiedene Kommissionen an der Arbeit, um ihn zu ermitteln. Die Entstehungsurache der Katastrophe wird durch eine besondere Kommission untersucht. Am den zum Teil sehr schwer betroffenen Hochwasserschädigten eine rasche Unterstützung zuteil werden zu lassen, ist ein Hilfsausschuß gebildet worden, dem u. a. die Oberamtmänner von Schopfheim und Schönau, die Bürgermeister von Büchsen und Neuenweg u. v. a. angehören. Es ist zu hoffen, daß die eingeleitete Hilfsaktion von vollem Erfolg begleitet sein werde, hat es doch die Bevölkerung unseres badischen Landes bisher in solchen Fällen noch nie an Gemeininn und Mitempfinden für die vom Unglück Heimgesuchten fehlen lassen.

Neues von der „Badischen Landeszeitung“.

Der „Badischen Landeszeitung“ sind die in der „Karlsruher Zeitung“ im amtlichen Teil (Artikel „Zur Reichspreisfrage“ in Nr. 52) und in unseren Badischen Wochenrückblicken aus Nr. 54 („Im Strudel der Feuerung“) erfolgten Feststellungen auf die Herzen gefallen. Das Blatt richtet darob in seinem gestrigen Leitartikel entgeisterte Angriffe gegen uns. Die Wit der „Landeszeitung“ wird verständlich, wenn man hört, daß die letzte Nummer des Vereinsorgans des Landbundes unter der Rubrik Vereinsmitteilungen folgende offizielle Verlautbarung enthält:

„Tageszeitung beitr.: Sämtliche Ortsgruppen abonnieren sofort bei der Post im allgemeinen mit mindestens 2 (Ortsgruppen mit mindestens 50 Mitgliedern 1) Exemplaren auf die Badische Landeszeitung. (Erscheinungsort Karlsruhe.) Näheres durch Mundschreiben an die Ortsgruppen. Der Geschäftsführende-Vorstand.“ (des Landbundes). Das genügt zur Kennzeichnung und Bewertung der gestrigen Angriffe, wie der politischen Stellung der „Landeszeitung“ überhaupt.

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag wurden gestern zunächst einige kleinere Anfragen erledigt. Sodann folgte das Haus die Beratung über das Mantelgesetz der Steuervorlage, d. h. die Zusammenfassung der einzelnen Steuergesetze und der Zwangsanleihe, fort.

Hg. Dr. Beder-Hessen (Dt. V. P.): bemängelt, daß nicht der Reichskanzler selbst das Wort zur Begründung der Vorlage genommen habe. Für In- und Ausland hätte das erheblich zur Klärung über die Verhältnisse Deutschlands beigetragen. Bei der ursprünglichen Vorlage war ein Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern vorhanden. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen durch die Zwangsanleihe wesentlich verschoben. Redner wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen Bernheims über die Erfassung der Sachwerte und weist ihm irrtümliche Sachverständigkeit vor, weil er sich im Ausschuss nicht genügend Aufklärung darüber verschafft habe, daß in Deutschland tatsächlich das Vermögen mindestens ebenso sehr belastet sei als im Auslande. Daß wir aber durch das Kompromiß nicht besonders erfreut sind, ist nicht verwunderlich. Voll befriedigt wird bei einem Vergleich niemand. Es ist uns aber bei dem Kompromiß gelungen, die Frage der Wertbemessung in unserem Sinne zu mildern und zu regeln. Davon kann keine Rede sein, daß die Deutschnationalen in die Ecke gestellt seien. Dr. Helfferich hat gesagt, die neuen Steuern überstiegen das für die Wirtschaft erträgliche Maß. Ich habe aber nicht gehört, welche Steuer er durchaus ablehnen will. Er hat sich zu allen Steuern bereit erklärt. Ansohn hat er an der Zwangsanleihe genommen. In einer Bestimmung unserer Finanzen können wir nur kommen, wenn unsere Reparationslasten gemindert werden. Diese Steuern sollen aber nur den Zwecken des inneren Haushalts dienen. Wenn uns vorgeworfen wird, wir hielten zu der Unmöglichkeit der Sozialdemokratie, so weise ich darauf, daß wir i. B. die bürgerliche Regierung des Kabinetts Stegerwald in Preußen und auch die bayerische Regierung unterstützt haben. Aber wir wollen nicht mit dem Kopf durch die Wand; wir wollen praktisch mitarbeiten, ohne unsere Stellung als Oppositionspartei aufzugeben. Die Revision des Friedensvertrages muß kommen. Wir dürfen sie aber nicht da, durch erschweren, daß wir;

Mit zwei Beilagen: 22. u. 23. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

nach außen hin den Anschein erwecken, als seien wir nicht guten Willens, Ordnung zu schaffen. Übrigens hat Dr. Helfferich keinerlei Vorschläge gemacht, wie er sich die Sanierung unserer Wirtschaft denkt. Wir haben einen erträglichen Ausbau der Vermögenssteuer erreicht. Die Tarife sind wesentlich abgeschwächt. Wir haben erreicht, daß die Nachkriegsgewinnsteuer beseitigt wurde und daß die Körperschaftsteuer vorläufig aufgebaut ist. Die Umsatzsteuer ist erträglich gehalten. Dazu haben wir mit äußerstem Zwang erreicht, daß die sparfamste Verwaltung eintritt. Die Regierung hat erklärt, daß sie mit unserer Denkschrift einverstanden ist und sie zu Richtlinien ihrer künftigen Politik machen will. Wenn Hg. Bernstein die internationale Arbeiterschaft als stärksten Rückhalt bezeichnet, so sind wir nicht so vermessend, irgendwelche Unterstützung abzulehnen. So optimistisch und illusorisch wie Bernstein sind wir aber nicht. Die Schaffung eines Zusammenschlusses zu gemeinsamer Arbeit ist für jeden Vaterlandsfreund dringende Aufgabe. Wir arbeiten daran mit, ohne Rücksicht auf die Stimme der Straße. (Beifall.)

Hg. Gerold (Zentr.): Alle Parteien haben eifrig mitgearbeitet, auch diejenigen, welche die Vorlage jetzt bekämpfen. Manche Verbesserungen sind erreicht, nicht zuletzt mit Hilfe des Zentrums. Bei dem Kompromiß hat jede Partei Opfer bringen müssen; unrichtig ist es, daß der Besitz zu wenig besteuert sei. Alle bürgerlichen Parteien sind der Ansicht, daß der Besitz derart betroffen wird, daß eine Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens zu befürchten ist. Die Ansichten, daß die bürgerlichen Parteien die Steuern allein hätten machen können, sind irrig. Es ist vielmehr zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie sich energisch am Wiederaufbau beteiligt und praktische Arbeit leistet, während die Deutschnationalen die Opposition über die staatlichen Notwendigkeiten setzen. Soll Dr. Helfferich die Steuern ablehnen und das Vaterland in den Abgrund stoßen? Das Mantelgesetz ist notwendig. Die Rechte festsetzen, aber es fehlen feste Vorschläge, wie es besser gemacht werden muß. Wollen wir hoffen, daß unser Vaterland durch dieses Gesetzgebungswort der Gesandung entgegengeführt wird. (Beifall.)

Hg. Dente (USP.) gibt seiner Freude über den freundschaftlichen Streit zwischen den beiden Rechtsparteien Ausdruck. Den Sozialdemokraten, ist, wie Bernstein sagte, die Zustimmung zu dem Steuerkompromiß sehr schwer gefallen. Sie kämpfen gegen die indirekten Steuern an, aber schließlich sagen sie doch ja. Wir sind konsequenter und überlassen den Bürgerlichen die Verantwortung. Auch wir unterstützen die Politik des guten Willens. Unsere Unterstützung des Kabinetts birgt aber da eine Grenze, wo sich das Kabinett mit einem Minister, Hermes nach rechts entwickelt. Das Mantelgesetz lehnen wir ab.

Hg. Dr. Geher (Komm. Arbeitsgem.) beantragt mit Rücksicht auf das völlig leere Haus Vertagung.

Hg. Höllein (Komm.) schlägt sich dem an und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 288 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlußfähig und kann über den Vertagungsantrag abstimmen. Auch diese Abstimmung ist eine namentliche. Der Vertagungsantrag wird mit 249 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Hg. Dr. Fischer-Hölin (Dem.): Die Steuergesetzgebung muß auf die Steigerung der Produktivität eingestellt werden. Für uns sind in erster Linie außenpolitische Rücksichten maßgebend; etwas anderes heißt die Außenpolitik sabotieren. Bei dem Kompromiß sind wir von der Hoffnung ausgegangen, daß die Verhängung der fünf Parteien zu einer Entgiftung der politischen Atmosphäre führen möge. Die Parteinteressen müssen untergeordnet werden. Gelingt das, so sind die Opfer nicht vergeblich gebracht. Requier gibt sodann ein Bild über den Rückgang des deutschen Volksvermögens. Wir brauchen eine Wiedereinrichtung Deutschlands in die Weltwirtschaft, eine Zurückführung der Reparationslasten in die Grenzen des Erfüllbaren und eine Stabilisierung des Wechselkurses. Wir begrüßen die beabsichtigte Vereinfachung der Steuerverwaltung und Steuergesetzgebung. Das Kompromiß hat den Vorteil, daß es trotz der hohen Kosten eine gewisse Ruhe bringt. Die sogenannten Richtlinien der deutschen Volkspartei sind lediglich eine Zusammenstellung unseres finanzwirtschaftlichen Steuerprogramms. Das Kompromiß ist ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk reif ist für den demokratischen und parlamentarischen Staatsgedanken. Das mag ein günstiger Auftakt für Genua sein. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes stellt mit Bedauern fest, daß der Hg. Bernstein bei seinen großen internationalen Ansehen in Zweifel gezogen hat, daß in Deutschland die Besitz-

steuer größer ist, als in anderen Ländern. Diese Darstellung ist uns im Auslande höchst nachteilig.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Samstag, 1 Uhr, vertagt.

Die neuen Staatsarbeiterlöhne.

Die Verhandlungen, die seit dem 13. März im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Staatsarbeiterlöhne geführt worden sind, sind zum Abschluß gelangt. Die „B. Pr.“ berichtet darüber: Da die Forderungen der Organisationen und die Vorschläge der Regierung ursprünglich sehr weit auseinandergingen, gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig. Die Regierung hatte anfänglich die Absicht, die Spannung zwischen den Lohngruppen I und VII, von 1,20 auf 1,80 Mark, die bisherigen Klassenunterschiede, die zwischen A und B, B und C 40 Pfennig, zwischen C und D, D und F 50 Pfennig betragen, auf 50 bezw. 60 Pfennig zu erhöhen.

Die Organisationen erklärten dies für völlig unbillig, zogen sich von den Verhandlungen zurück und arbeiteten ihrerseits neue Vorschläge aus. Sie erklärten sich mit den Regierungsvorschlägen für die I. bis III. Lohngruppe einverstanden, forderten aber für die Gruppen IV bis VII die gleiche Erhöhung wie für die Handwerker in Lohngruppe III. Die bisherige Spannung in den Lohngruppenunterschieden wollten sie aufrecht erhalten wissen. Die Regierung lehnte nun ihrerseits diese Forderung der Gewerkschaften ab, mit der Motivation, daß zwanzig Jahre alte Arbeiter der Lohngruppe VII dieselben Lohnzüge haben würden, wie ein vergleichbarer Beamter in der Besoldungsgruppe II.

Zwischen der Regierung und den Organisationen wurde schließlich auf folgender Grundlage eine Einigung erzielt: Die Regierung stimmt dem Vorschlag der Organisationen zu, der für die Lohngruppe I bis III das Angebot der Regierungsbereiter annimmt, für die Lohngruppe IV jedoch einen endgültigen Zuschlag wie für die Lohngruppe III verlangt und jede weitere Lohngruppe, nach unten abgestuft, regelt. Die Regierung mußte ihren ursprünglichen Vorschlag auf Erhöhung der Lohngruppenunterschiede von 50 auf 60 Pfennig, die auf die Ortsklassen C und D entfallen, fallen lassen, bestand aber auf Erhöhung der Spannung der Ortsklassen A, B und C von 40 auf 50 Pfennig, um die Spannung in allen Ortsklassen einheitlicher zu gestalten.

Nach den zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen getroffenen Vereinbarungen gestaltete sich die Erhöhung des Stundenlohnes der Staatsarbeiter in Ortsklasse A wie folgt:

Lohngruppe I (Vorhandwerker und Gesellen) 2,90 M., Lohngruppe II (hochqualifizierter Handwerker) 2,80 M., Lohngruppe III (alle übrigen Handwerker) 2,70 M., Lohngruppe IV (Vorarbeiter der Lohngruppe V) 2,70 M., Lohngruppe V (Vorarbeiter der Lohngruppe VI und VII, außerdem angelernte Arbeiter) 2,65 M., Lohngruppe VI (ungelernte Arbeiter mit verantwortlicher Tätigkeit) 2,60 M., Lohngruppe VII (alle übrigen ungelernten Arbeiter) 2,55 M. Dieser Satz ermäßigt sich pro Lebensjahr vom 21. bis 21. Jahre um 25 Pf., vom 21. bis 18. Jahre um 50 Pf. und unter 18 Jahren um 70 Pfennig. Die Löhne der weiblichen Arbeiter betragen circa 75 Prozent des Arbeitslohnes der Lohngruppe VII. Der Ortsklassenunterschied für alle Klassen beträgt 50 Prozent und zwar 20 Prozent vom Grundlohn und 30 Prozent von der Teuerungszulage. Die getroffenen Vereinbarungen treten am 1. April in Kraft.

Die neue Erhöhung der Gütertarife.

Der Reichsverkehrsminister hat den Regierungen der Länder und den Mitgliedern des vorläufigen Reichseisenbahnrats mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die starke Erhöhung der Ausgaben der Reichseisenbahn am 1. April eine Tarifierhöhung nötig sei. Die sachlichen Mehrkosten, die der Reichseisenbahn durch die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 14,5 Milliarden zu beziffern.

Die zwischen dem Reichsfinanzminister und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Lohnsteigerungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der Reichsbahn um 8,5 Milliarden M. bringen, so daß eine gesamte Mehrbelastung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt von 23 Milliarden eintritt. Da mit steigen die Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1922 von 73,8 Milliarden auf rund 81 Prozent. Bei der Ausgleichung dieses Fehlbetrages sollen die Personen- und Gepä-

tarife gespart werden. Deshalb ist es erforderlich, die Güter- und Viehtransporte entsprechend stärker heranzuziehen.

Die seit dem 1. März geltenden Güter- und Viehtransporttarife sollen vom 1. April ab um rund 40 Prozent erhöht werden. Da wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Form des allgemeinen Zuschlags gewählt werden muß, wird die Gütertarife vom 1. Februar 1922 entsprechend erhöht werden.

Die Erhöhung der Frachten für Eisgut hat auch eine entsprechende Steigerung der Expressfrachten zur Folge, jedoch wird von einer Erhöhung der Mindestfrachten für Expressgut abgesehen.

Die organische Einarbeitung der Zuschläge in das Tarifsystem der Reichsbahn ist bis zum 1. Juli angeordnet. Den Beiräten der Reichseisenbahn, die zu der Tarifierhöhung vom 1. April wegen der Kürze der Zeit nicht gehört werden können, wird die Vorlage über die Eingliederung der Erhöhung in das Reichseisenbahntarifsystem Mitte Mai vorgelegt werden.

Die Lügen Maginots.

Zur jüngsten Kammerrede des französischen Kriegsministers erzählt das „L. N.“ von unterrichteter Seite: Der angebliche Zusammenhalt von früheren deutschen Soldaten bildet keine Kriegsgefahr; denn die überwältigende Mehrheit ist in Gewerkschaften organisiert, deren altbekannte Haltung in der militärischen Frage keine Gefahr für den Frieden darstellt. Deutschland, das nicht 70, sondern weniger als 60 Millionen Einwohner zählt, bietet jedem erbitterten Beobachter das Bild vollkommener Abrüstung. Waffendepots hat man seit Oktober 1921 nur in 8 Fällen gefunden, im ganzen einige hundert Gewehre, 7 Karabiner, 360 Seitengewehre, 12 Flammenwerfer, 7 Minenwerfer. Die in der Fabrik Rodstroch entdeckten 250 Mantelrohre und 300 Feldhaubizen sind ohne militärische Bedeutung und größtenteils unfertig. Ihre Verfertigung hat nur den Zweck gehabt, sie später in der Fabrik umzuarbeiten. In den früheren Kriegswerkstätten sind auf Veranlassung der Kontrollkommission alle Maschinen zerstört worden. Die Eisenbahngeleise im Schwarzwald dienen, wie schon oft nachgewiesen, rein wirtschaftlichen Zwecken. Die Zahl der Reichswehr-offiziere entspricht durchaus dem Friedensvertrag. Die Organisation des Heeres von 1914 ist völlig zerfallen. Die Schutzpolizei ist, wie in der Note an General Nollet dargelegt ist, nicht militärisch organisiert und besteht nicht aus 250 000 Mann, sondern nur aus 150 000 Mann. Die eigentliche Schutzpolizei ist davon nur ein Teil und hat tatsächlich viel weniger, als den vollen Bestand von 90 800 Köpfen. Die Behauptungen des französischen Kriegsministers, wie sie in der Presse wiedergegeben sind, entbehren jeder Begründung.

Vor Genua.

Dem politischen Berichterstatter von „Ball Mail“ und „Globe“ zufolge wird erwartet, daß die Genueser Konferenz ungefähr einen Monat dauern werde. Lloyd George beabsichtigt jedoch, am Ende der zweiten oder Anfang der dritten Woche nach England zurückzukehren. Es ist endgültig beschlossen worden, daß der neue italienische Ministerpräsident de Facta den Vorsitz in der Konferenz von Genua führen wird und daß mit ihm zur Konferenz der italienische Außenminister und der Finanz- und Handelsminister gehen werden. Nach der formellen Eröffnung am 10. April werden eine Anzahl von Ausschüssen gebildet werden, die ihre Arbeiten unverzüglich aufnehmen und der Konferenz Bericht erstatten. Der Zeitpunkt (20. März) für den Beginn der Vollkonferenz der Sachverständigen in London bleibt, wie Reuters erfährt, ebenfalls bestehen. Alle Sachverständigen von auswärts werden am Sonntag in London eintreffen. Die erste Zusammenkunft ist für 11,30 Uhr morgens im Handelsamt festgesetzt.

Die amerikanische Forderung.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ wird die Kontroverse um die Errichtung der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland die beschleunigte Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zur Folge haben. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich dazu entschließen, das Rheinland völlig zu räumen. Der von der französischen Presse vertretene Standpunkt, Amerika solle sich wegen seiner Okkupationskosten direkt an Deutschland wenden, wird von der gesamten öffentlichen Meinung Amerikas als im Widerspruch mit den Verträgen stehend zurückgewiesen.

In dulci júbilo!

München, 3. Z. der Starkbierfeste.

Der alte Tacitus scheint manchmal die Verhältnisse bei den Germanen idealisiert zu haben, um seinen Volksgenossen auf diplomatische Weise eine Moralpredigt zu halten. In der Schilderung der germanischen Trinkfeste ist er aber von seiner klugen Methode abgewichen; er hat wahrheitsgetreu berichtet, daß die Ausschweifung im Trinken die schwache Seite der Germanen sei, daß Tag und Nacht Durchgehen dort für niemand als Schande gelte und daß einer der Germanen dadurch, daß er ihm zu trinken gibt, so viel er begehrt, ebenso überwinden könne wie durch Waffengewalt.

Ein wichtiger Münchener Chronist hat bei der festlichen Eröffnung der Salvatorquelle auf dem Roßberg dieser Tage mit Recht behauptet: „Wenn im November 1918 im gegebenen Moment der Ruf durch die Stadt ergangen wäre: Daß! wer! mir! ham! an! Salvator! — wäre Bayern heute noch ein Königreich.“

Der Münchener Karneval war heuer nicht weniger fidel und ausgelassen wie in den schönsten Friedensjahren. Neben hervorragenden künstlerischen Veranstaltungen, wie dem feinsinnigen und gemächlichen Pressball „Altmünchen“, einem Spinnwegfest und anderen fröhlichen Künstlerbällen, eine Reihe wüster, schlemmischer und sittenloser Tanzereien und Schwabinger Erzeffe. Nur das tolle Faschingsreiben auf den Straßen fehlte und der Kreis derer, die sich solenne Faschingsvergünstigungen leisten wollten und konnten, war wesentlich eingeschränkt. Es wäre ein ganz falsches Urteil über die Münchener Bevölkerung, wenn man bei der Faschings- wie bei der Starkbiergaudi von München schlechthin schlecht reden wollte. Es sind einige Zehntausend in der Dreiwertelmillionstadt, die da wie dort den Ton angeben und mittun. Diese Zehntausende, die von der Not der Zeit unberührt, von Vergnügen zu Vergnügen jagen und lärmern, sind heute nicht mehr ganz dieselben wie vor dem Kriege. Das auswärtige, namentlich norddeutsche und außerdeutsche Element hat sich vermindert und eine teils hochstaplerische, teils valutarische Kriegs- und Revolutionsgewinnlergesellschaft aus allen, auch den unteren Ständen macht sich breit. In fast allen Gesellschaftsschichten in München klaffen Kräfte Gegensätze. Unter den Tausenden Münchener Studenten, die immer ein großes Kontingent bei den Faschings- wie den Starkbierfesten stellen, herrscht teilweise das größte Elend. Sammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen aller Art sind not-

wendig, um mittellose Studierende vor dem Verhungern zu schützen und ihnen die Fortsetzung ihrer Studien zu ermöglichen. Und gleichzeitig veranstalten studentische Korporationen Saufnetten, die in späterer Nachstunde barmäherig ausarten, daß Polizeiaufgehabe von Summumittel Gebrauch machen müssen, um die Ordnung wieder herzustellen. Während die Not und das Elend in den Familien weiter Volksschichten zahllose körperliche, geistige und sittliche Opfer fordert, stürmen Tausende den Roßberg und die anderen Bierkeller, um möglichst viele Maß von dem Starkbier trinken zu können, von dem heute ein Liter mehr kostet als der Aufwand für die Tagesration einer Familie vor und in dem Kriege. In den bekannten Bierhallen und Volkskneipen schmettern die Trompeten, ulken die Komiker und „Kriegelredner“, als ob es gälte, Siege zu feiern. Der Andrang zu gewissen Wirtschaften, in denen Starkbier verzapft werden, ist so groß, daß die Tore zeitweilig geschlossen und von Polizei und handfesten Hausnechten verteidigt werden müssen. Schon in den späteren Nachmittagsstunden taumeln Betrunkene aller Stände durch die Straßen und bieten dem Vaterlandsfreund wie dem arbeitssamen, zur äußersten Sparmaßregel gezwungenen Bürger ein empörendes Schauspiel.

Es ist eine für den Ansehensenden nicht verständliche Erscheinung und eine oft gestellte Frage, warum die Regierung unserer vielberufenen „Ordnungsgelbe Bayern“ solche Auswüchse duldet? Gaben nicht die bairische und andere deutsche Regierungen ein gutes Beispiel mit ihren Verböten unzeitgemäßer Lustbarkeiten gegeben? — In München liegen die Verhältnisse in der Tat schwieriger als anderswo. Die Münchener Brauindustrie ist ein so mächtiger Faktor unseres Wirtschaftslebens, daß an ihren Sonderinteressen und ihrem Dividenden Hunger der beste Wille der Staatsgewalt scheitert. Aber auch Parteien und Presse machen zum Teil, statt die Währungsbestrebungen und die volkserzieherischen Maßnahmen der Behörden zu unterstützen, jeden Versuch der Regierung, die Luftbarkeiten einzudämmen und zu verbieten, zu einer Soupe- und Staatsaktion gegen den angeblich volkserzieherischen Beamten, der es wagt, hier tapfer vorzugehen.

Ich gehöre gewiß nicht zur Klasse der „Sittlichkeitsapostel“ und „Leinwieder“, wie man in München sagt, und halte den Leitsatz „Wer schaffen will, muß fröhlich sein!“ für einen der treffendsten. Die alten Zeiten, wo der Landherr, Kurfürst Maximilian Joseph von den Paulanermonichen mit dem ersten Pumpen bairischen Festbieres empfangen und gefeiert wurde und dadurch die erste Starkbierfesten einsetzte, erscheinen mir,

— ich muß es zu meiner republikanischen Schande gestehen — als eine vergleichsweise goldene Ära der Bayerischen Metropole. Wer heute gebe ich dem erwähnten Chronisten recht, wenn er den Spruch, mit dem der alte hierländische Kurfürst 1799 von dem Guardian begrüßt wurde, galgenhumoristisch abwandelt und seinen Bericht über die Eröffnungsfeier der Salvatorquelle auf dem Roßberg mit dem Satze schließt: „Salve Kater patriae!“

Dr. Friedrich Wöhl.

„Erläuterung und westliche Kulturimpulse und die Aufgaben Mitteleuropas.“ Über dieses Thema sprach am 14. März im Saale der anthropologischen Gesellschaft, Waldstraße 8, Herr Dr. Jur. et. phil. Karl Deuer aus Stuttgart. Der Vortragende entwickelte den großen Gegensatz, der sich zwischen der auf uralter Geistesfertigkeit beruhenden Kultur des Ostens einerseits und der ebenso einseitig materialistisch orientierten wirtschaftlichen Kultur des Westens, andererseits herausgebildet hat, ein Gegenstück, das dessen Exponenten sich insbesondere Amerika und Japan gegenüberstellen. Durch charakteristische Ausprüche des Inders Tagore und des modernen Chinesen Ku-Sung-Ming brachte der Vortragende das eigentümliche Wesen des Orientalismus den Zuhörern zum Verständnis, während er auf der anderen Seite den Geist der amerikanischen Kultur durch Ausprüche Wilsons erläuterte. Die Einseitigkeit der Kulturen des Ostens und Westens zu überwinden und einen gesunden Ausgleich zwischen ihnen herbeizuführen, sei die Aufgabe Mitteleuropas, eine Aufgabe, die darin besteht, aus einer individuell erregenen Geistesfertigkeit Ideen zu entwickeln, die geeignet sind, auch das äußere wirtschaftliche und soziale Leben umzugestalten. Was dies im Sinne der Dreigliederungsidee möglich wäre, führte der Redner in eingehender Weise aus, indem er zugleich auch auf den 2. internationalen Kongress der anthropologischen Bewegung, der in Wien vom 1. bis 12. Juni d. J. stattfinden wird, hinwies, auf dem gerade das Ost-West-Problem und seine Überwindung aus der Kulturmission Mitteleuropas durch eine große Reihe von Vorträgen aus den verschiedensten Gebieten behandelt werden soll. Zum Schluß zeigte der Redner in Anknüpfung an den deutschen Denker Em. Hermann Richte, wie im recht verstandenen deutschen Wesen gerade diejenigen Anlagen vorhanden sind, die eine erste Blüte im Goethezeitalter gefunden haben, und die in der Gegenwart zeitgemäß weiterentwickelt werden müßten, wenn das deutsche Volk seine eigentliche Aufgabe erfüllen und dadurch dem ihm in dem großen Weltzusammenhange zukommenden Platz einnehmen will.

Kurze polit. Nachrichten.

Das Reichsmietengesetz. Der Reichsrat beschloß, keinen Einspruch gegen das Reichsmietengesetz zu erheben. Das Gesetz kann also demnächst publiziert werden.

Die achte Rate in Goldmark bezahlt. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, ist die heute fällige Deladenzahlung in Höhe von 1 Millionen Goldmark bereits an die Reparationskommission geleistet worden. Damit ist die achte Zahlung erfolgt. Der Gesamtbetrag der bisherigen Deladenzahlungen beträgt 245 Millionen Goldmark und überschreitet den in Cannes in Aussicht genommenen Betrag der Darlehenszahlungen von 720 Millionen Goldmark jährlich wesentlich, denn diese Deladenzahlungen würden für das Jahr rund 1100 Millionen ausmachen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag. Die Majolika-Manufaktur.

Die Vertreter sämtlicher Parteien gaben am Donnerstag nachmittags im Haushaltsausschuß nach vorausgegangenem Darlegen des Berichterstatters, Abg. Maier, und der Regierung ihre Zustimmung zu dieser Vorlage, die bekanntlich besagt, das Finanzministerium wird ermächtigt, bei der Gründung einer zum Betrieb der Majolika-Manufaktur in Karlsruhe zu errichtenden Aktiengesellschaft für den Landesfiskus Aktien im Nennwert von 85 vom Hundert des mit 3 000 000 M. vorgesehenen Grundkapitals zu übernehmen und dabei als Sacheinlage das Fabrikamwesen im Hardtwald nebst etwa 10 000 Quadratmetern anstößendem Baugelände sowie die sogenannten Rennwiesen in Karlsruhe in die Gesellschaft einzubringen. Das Finanzministerium kann sich ferner bei einer Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaft mit 35 Prozent beteiligen. Es wurde noch der gute Geschäftsgang des Unternehmens hervorgehoben und auf den großen Absatz im Inlande (95 Prozent der Produktion) hingewiesen. — Die Vorlage wird in nächster Woche im Plenum zur Erledigung gebracht.

Kultur- und Beamtenfragen

Erörterte man gestern auch im Haushaltsausschuß, als die Fortsetzung der Beratungen über den Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts erfolgte. Die beiden Gesamtorganisationen sämtlicher badischen Vereine für Leibbesübungen und Jugendpflege, der Badische Landesauschuß für Leibbesübungen und Jugendpflege sowie die Zentralkommission für Sport und Körperpflege (unterzeichnet Direktor Dr. Weeb und Sekretär Stenz) haben dem Landtag die Bitte vorgetragen, die Summe der Gelder für Jugendpflege für das laufende Budgetjahr 1922/23 auf 600 000 M. und die Summe für die Warten von Turn-, Spiel- und Sportstätten, Wander- und Jugendheimen auf 250 000 M. zu erhöhen. Im Staatsvoranschlag sind zur Förderung der Jugendpflege 160 000 M. für Zuschüsse zur Errichtung von Spielplätzen, Wanderheimen, Jugendheimen, Bootshäusern usw. 200 000 M. eingestellt. Die schlechte Finanzlage erfordert natürlich auch hier mögliche Zurückhaltung und Sparmaßnahmen. Würde man die familiären auch von anderer Seite noch gestellten Forderungen bewilligen, so wären, wie der Unterrichtsminister bei dieser Gelegenheit darlegte, etwa 60 Gesehe zu befriedigen, die einen Kostenaufwand von rund 3 Millionen Mark beanspruchten würden. Der Haushaltsausschuß beschloß deshalb, die vorliegende Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen mit der Bitte an die Regierung, in einem Nachtragsvoranschlag das Weitere zu veranlassen.

Dabei erfolgte eine Aussprache über den Fußballsport, soweit er erörtert wird, und die dadurch manchmal bewirkte Gleichgültigkeit gegenüber anderen Fragen des öffentlichen Lebens. Allgemein hob man den Wert des Turnens hervor, das die Erleichterung der heranwachsenden Generation vorbereitet. Ein Redner fordert stärkere Förderung des Turnunterrichts auch für das weibliche Geschlecht und ein anderer Redner die sittliche und geistige Erziehung der Jugend.

Zwei Bestellungen.

Abg. Weismann bittet uns um die Aufnahme der nachstehenden Zeilen: Im Anschluß an die Bemerkungen der Herren Abg. Maier, Karlsruher und Dr. Paasche in der Plenarsitzung des badischen Landtags vom 9. März, die sich kurz mit der Landtagsberichterstattung der „Karlsruher Zeitung“ beschäftigten, hatte in voriger Woche der „Badische Zeitungsdienst“, ein Korrespondenzunternehmen, geschrieben:

„Der Herr Regierungsrat aus der Presseabteilung und sozialdemokratische Abgeordnete Weismann, ein gebürtiger Währer, verlor das Regierungsgeschäft mit den amtlichen Berichten aus den Ausschüssen. Mag sein, daß ihm das Übermaß der Geschäfte nicht genügend Zeit zur Ausarbeitung dieser Berichte läßt — auf jeden Fall ist es sonderbar, feststellen zu müssen, daß bei diesen Berichten die Anträge und Ausführungen der Sprecher der Rechtsparteien sehr stiefmütterlich behandelt werden.“

Ich stelle fest, daß — nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht — die Herren D. Maier und Dr. Paasche über die Ausführligkeit der „Karlsruher Zeitung“ kein Wort gesprochen haben; ich habe aber außerhalb in der gleichen Sitzung des Landtags in einer kurzen persönlichen Bemerkung erklärt:

„Ich will hier prinzipiell und generell feststellen, daß für die Berichterstattung der „Karlsruher Zeitung“ über die Sitzungen hier im Plenum nicht eine Verantwortung nicht trifft. Für die Plenarsitzungen bin ich nicht verantwortlich. Verantwortlich bin ich nur für die Sitzungen in den Ausschüssen.“

Es ist also über die Ausführligkeit der badischen Landtag nicht gesprochen worden; gleichwohl erhebt der „Badische Zeitungsdienst“ die oben wiedergegebenen Anschuldigungen; eine solche Art der Polemik richtet sich von selbst.

2. In einem Bericht der „Bad. Landeszeitung“ in der Nr. 64 vom 16. März heißt es über die am Mittwoch im Kaffee Rotwand in Karlsruhe abgehaltene Versammlung der höheren Beamten u. a.:

Landtagsabgeordneter Dr. Hanemann (M.B.) gab einen Überblick über die Löhne der gelehrten Arbeiter der Mannheimer Metallindustrie. Er streifte auch kurz die Berichterstattung des Regierungsvertreters der Presseabteilung über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß.

Auf persönliche Anfrage erklärte mir gestern Herr Abg. Hanemann, daß er in der erwähnten Versammlung von dem Regierungsvertreter der Presseabteilung mit keiner Silbe gesprochen habe; er habe nur von den Presseberichten über die Sitzung des Landtages vom 9. März überhaupt gesprochen. Ein anderer Abgeordneter, welcher der Rotwand-Versammlung ebenfalls anwesend war, bestätigte mir, daß ich in der Debatte nicht erwähnt worden sei; gleichwohl verheißt mir der Berichterstatter der „Bad. Landeszeitung“ einen recht deutlichen erkennbaren Seitenhieb. Ich stelle fest, daß auch hierzu eine sachliche Veranschaulichung nicht vorhanden war.

Als Angehöriger der Redaktionskunst weiß ich, daß man, wenn man im öffentlichen Leben steht, nicht nach jeder Fliege

zu schlagen braucht! Ich hätte auch auf die unberechtigten Anrempelung des „Badischen Zeitungsdienstes“ geschwiegen, aber ich habe nicht Lust, mich dauernd und überall für eine Sache verantwortlich machen zu lassen, für die ich die Verantwortung in öffentlicher Sitzung des Landtags abgelehnt habe und ablehnen mußte.

Ann. der Redaktion: Es ist uns unverständlich, wie man unseren Mitarbeiter, Herrn Abg. Weismann, für die erwähnten Dinge verantwortlich machen konnte. Im Übrigen möchten wir nunmehr die Debatte über diese Angelegenheit schließen, bei deren Erörterung leider immer wieder die Feststellung vergessen wird, daß der beanstandete Bericht einer der auch von anderen Zeitungen abgedruckten Berichte des dem Wolff-Bureau angegliederten Südwestdeutschen Nachrichtenbureaus (D.Z.) ist. Der Bericht war auch mit D.Z. gekennzeichnet. Diesem Bureau und seinem Berichterstatter ist also das Besehen faktisch zur Last zu legen.

Inlandslegitimierung ausländ. Arbeiter.

* Amtlich wird uns mitgeteilt: Das Ministerium des Innern hat die Frist zur Stellung der Anträge auf Ausstellung einer Legitimationskarte für ausländische Arbeiter bis zum 15. April 1922 verlängert.

Schiedsspruch zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Unter dem Vorbehalt des Oberregierungsrats v. Gemmingen fanden dieser Tage in Karlsruhe Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der ärztlichen Landeszentrale statt. Nachdem eine Einigung nicht zustande kommen konnte, mußte ein Schiedsspruch gefällt werden, der lt. „M. B.“ folgende Sätze vorzulesen:

1. für 1 Beratung 10 M., bisher 6 M.;
2. für einen Besuch 18 M., bisher 12 M.;
3. für eine Nachberatung 30 M., bisher 12 M.;
4. für einen Nachbesuch 54 M., bisher 27 M.;
5. für einen Einbesuch am Tage 36 M., bisher 18 M.;
6. für eine dringende Beratung 20 M., bisher 12 M.

Auf die Gebührenfrage der Gebührenordnung vom 1. 7. 21 wird ein Zuschlag von 150 Prozent bejahlt. Als Weggebühren werden für den Doppelkilometer 12 M. bei Tage und 20 M. bei Nacht gewährt.

Auf diese Gebührenfrage erfolgt ab 1. Januar unter Zugrundelegung der Reichsberufungsstellen ein Teuerungszuschlag nach dem Durchschnitt der abgelaufenen 3 Monate (gleitende Skala).

Da die Zeichen- und Musiklehrer nach der bekannten Entscheidung des Leipziger Schiedsgerichts zurück gestuft werden sollen, lagen dem Haushaltsausschuß in dieser Angelegenheit mehrere Eingaben vor. Alle Redner hoben hervor, daß man anscheinend in Leipzig den Wert des modernen Zeichnens und die kulturelle Bedeutung einer guten Musikpflege verkannt habe. Die badischen Verhältnisse habe man nicht berücksichtigt. In Leipzig geäußerte Ansicht, man müsse das Zeichen einpflanzen darnach, ob es für den Wiederaufbau Deutschlands in Frage komme, sei zurückzuweisen. Die Regierung erklärte, daß sie alles getan habe, um die Rechte der badischen Zeichenlehrer und Musiklehrer zu wahren. Wenn Württemberg, Sachsen und andere Länder diese höher einstufen, könne Baden nicht nachsehen. Dieser Auffassung schloß sich auch der gesamte Ausschuß an. Er fasste eine Entschloßung, in welcher es heißt:

„Der Haushaltsausschuß vermag eine Verächtung der Zurückstellung der badischen Zeichen- und Musiklehrer nicht anzuerkennen; in den badischen Verhältnissen ist sie nicht begründet. Die Regierung wird ersucht, auf weiterhin alle Mittel anzuwenden, um die Wirkung dieses Schiedsspruches für die beteiligten Lehrer unmöglich zu machen.“

Die Erinnerungszeichen für die Toten des Weltkriegs.

Der Wunsch, die Toten des Weltkriegs zu ehren, hat eine große Reihe von Gemeinden bereits veranlaßt, dem Bau von Gedächtniszeichen verschiedener Form näher zu treten. Andere Gemeinden werden in den nächsten Jahren noch folgen. Manches Gute ist schon geschaffen worden, mancherlei Schlechtes geht dabei nebenher. Häufig war bisher die Meinung vertreten, daß alle diese Erinnerungszeichen, gleichviel welcher Art, ohne Genehmigung erbaut werden dürfen, daher kam es auch, daß die staatlichen Behörden Stellen, die in der Lage gewesen wären, einen gegenständlichen Einfluß auf die äußere Form und den inneren Gehalt dieser Gedächtniszeichen auszuüben, keine Kenntnis davon erhielten.

Das Arbeitsministerium und das Ministerium des Kultus u. Unterrichts haben nunmehr, wie die Presseabteilung der Bad. Regierung uns mitteilt, die Bezirksämter u. andere berufene Stellen beauftragt, künftighin auf dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen und dabei Richtlinien gegeben, nach denen sich ermaßen läßt, ob und wann ein Gedächtniszeichen dieser Art genehmigungspflichtig ist oder nicht.

Es wird darum den Gemeinden und all denen, welche die Absicht haben, ein Erinnerungszeichen für die Gefallenen des Weltkriegs zu erbauen, dringend empfohlen, sich rechtzeitig mit den Bezirksämtern in Verbindung zu setzen, damit ihnen von diesen amtlichen Stellen auch rechtzeitig gesagt werden kann, ob die Verwirklichung ihrer Absicht einer hauptpolizeilichen Genehmigung bedarf oder nicht. Dabei wird es dann auch den Bezirksämtern in Verbindung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Sachverständigen, zu denen auch die dem Ministerium des Kultus und Unterrichts angegliederte Landesberatungsstelle für Kriegerehrenzeichen, möglich sein, rechtzeitig einen in jeder Hinsicht berechneten Einfluß auf das Vorhaben auszuüben und die Stifter, welche das Beste wollen, vor Unreife und Unkünstlerischem zu bewahren, das späterhin doch nur einer berechtigten Kritik ausgesetzt wäre.

Aufgehobenes Geld.

Es wurde aufgehoben: Im Monat Februar: auf dem Bahnhof Appenweier der Betrag von 1000 M.; am 22.: auf dem Bahnhof Freiburg i. Br. ein Geldbeutel mit 20,40 M.; am 23.: im Zug 906 eine Mappe mit 200 M., abgeliefert in Freiburg i. Br.; am 26. auf dem Bahnhof Freiburg i. Br. ein Geldbeutel mit 6,10 M. — Im Monat März: am 1.: auf dem Bahnhof Heidelberg der Betrag von 43 M.; am 2.: auf dem Bahnhof Konstanz ein Geldbeutel mit 45 M.; auf dem Bahnhof Freiburg i. Br. eine Geldmappe mit 163,10 M.; am 3.: auf dem Bahnhof Bruchsal der Betrag von 20 M.; auf dem Bahnhof Lössen ein Geldbeutel mit 30,10 Franken und 4,25 M.; am 4.: auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 2 M.; auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 50 M.; im Zug 906 ein Geldbeutel mit 7,22 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 6.: im Zug D 288 der Betrag von 14 M., abgeliefert in Bad. Bahnhof; auf dem Bahnhof Appenweier der Betrag von 15 M.; auf dem Bahnhof Orschweier ein Geldbeutel mit 17,40 M.; am 7.: auf dem Bahnhof Kirchzarten der Betrag von 20 M.; am 8.: auf dem Bahnhof Brombach der Betrag von 98 M.; am 10.: auf dem Bahnhof Bödingheim der

Betrag von 20 M.; am 11. auf dem Bahnhof Waldshut ein Geldbeutel mit 16,90 M.; im Zug 909 ein Geldbeutel mit 9,45 M., abgeliefert in Bruchsal; am 13. auf dem Bahnhof Mannheim-Rheinau der Betrag von 6 M.; im Zug D 27 der Betrag von 20 M., abgeliefert in Bad. Bahnhof; im Zug 1228 ein Geldbeutel mit 9,05 M., abgeliefert in Forstheim; am 14.: auf dem Bahnhof Forstheim ein Geldbeutel mit 6,05 M.; auf dem Bahnhof Bad. Bahnhof der Betrag von 20 M.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Badische Baden-Jüdischereroffenschaft. Die Badische Baden-Jüdischereroffenschaft e. G. m. b. H. in Staatskonstanz konnte dieser Tage auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde der Gründer der Offenschaft und langjähriges Aufsichtsratsmitglied, Pfarrer Seiler in Überlingen a. N., zum Ehrenmitglied ernannt. Trotz des letzten schlechten Fischjahres konnte die Offenschaft einen Gewinn verteilen.

W. Nastatt, 7. März. Zur Befolgsneuregelung hat das hiesige Ortsamt des Deutschen Beamtenbundes sich mit folgender telegraphischen Mitteilung an den Reichstag gewandt:

„Beamtenortsamt Nastatt hält angeht noch immer fortschreitender enormer Verteuerung aller Lebensbedürfnisse projektierte Erhöhung der Beamtenbezüge absolut ungenügend und erwartet nachdrücklich Verbesserung der Regierungsverhältnisse, Unbedingte Besserstellung der untersten Gruppen, wesentliche Erhöhung der Kinderzulagen, Neuschaffung der Beamtenwochenhilfe, Existenzminimum 30 000 M., Rückwirkung vom 1. Januar 1922, Abschaffung der Wirtschaftsbefehle sind Mindestforderungen.“

DZ. Nastatt, 14. März. Zu der Schändung des Heiligen schreines in der hiesigen Schloßkirche und zur Festnahme der beiden Täter in Köln wird noch berichtet, daß der eine der beiden Täter aus Köln stammt, der andere von außerhalb. Der letztere, dessen Name noch nicht bekannt geworden ist, wurde von der Polizei schon seit langem gesucht, weil er im Jahre 1920 bei den Kalkutramitropfen 382 000 M. gestohlen hatte. Der Kölner, der während des Krieges in einem Kaffater Bazar getret lag und dabei die Kunstschätze Kastats kennen lernte, dürfte wohl der Kaffiter der rachslosen Tat gewesen sein.

DZ. Lahr, 16. März. In der Generalversammlung der Elektrizitätswerk A.-G. Lahr wurde mitgeteilt, daß die ständig wachsende Belastung des Werkes die Aufstellung einer neuen Dampfesselanlage erforderlich mache und daß die Hochspannungsleitung zwischen Lahr und Friesenheim nunmehr fertig gestellt sei, so daß die Driftschaffen südlich Offenburg nunmehr direkt von Lahr gut versorgt werden können. Um die notwendigen Erweiterungen im Werk vornehmen zu können, stimmte die Generalversammlung der Ausgabe von 3 Millionen Mark Prozentiger Schuldverschreibungen zu, die vom Jahre 1927 ab zu 102 Prozent ausgelöst werden sollen.

DZ. Billingen, 16. März. Die zahlreichen Einbruchdiebstähle, die im Sommer und Herbst vorigen Jahres in Burgberg, Buchenberg, Martinsweiler usw. vorgenommen wurden und bisher nicht aufgeklärt werden konnten, werden nunmehr gelüht werden können. Als Täter dieser Diebstähle und auch der räuberischen Erpressungsversuche im Januar d. J. wurde der 21 Jahre alte ledige Fabrikarbeiter Karl Tade von Dörschhof verhaftet, der auch die Taten eingestanden hat.

DZ. Billingen, 16. März. Beim Einrücken der ihnen zustehenden Holzschneide wurde den betreffenden Billinger Bürgern mitgeteilt, daß durch Gemeinderatsbeschuß die Holzpreise mit sofortiger Wirkung um durchschnittlich 133 Prozent erhöht worden seien. Diese Mitteilung hat den Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Parteiteilungen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen veranlaßt, einen Protest an den Gemeinderat zu richten mit dem Ersuchen, daß der Beschluß des Gemeinderates einer gründlichen Revision unterzogen und der Preis bedeutend herabgesetzt werde. Diese Forderung wird damit begründet, daß gerade die weniger bemittelten Stände bisher die Holzschneide noch nicht hätten einlösen können und jetzt durch die außerordentlichen Erhöhung des Preises mehr in Mitleidenschaft gezogen würden.

DZ. Schlussee, 13. März. Eine schweizerische Hotelgesellschaft hat das Hotel „Esterne“ für 2 1/2 Millionen Mark erworben. Die gleiche Gesellschaft hat auch den Rotenbaurerhof in Fischbach und die Villa Negler bei Seeburg gekauft. Der Hof soll 400 000 Mark kosten.

DZ. Geisingen (Söllentalbahn), 16. März. Eine „Solzwarenindustrie A.-G.“ ist hier von Schwarzwälder Industriellen gegründet worden und wird ihren Sitz in Geisingen haben. Der Ankauf des zum Fabrikneubau notwendigen Geländes ist bereits erfolgt. Damit wird es für zahlreiche Arbeiter, die jetzt auswärts arbeiten müssen, Verdienstmöglichkeit geben.

DZ. Brombach, 10. März. Wie wir erst jetzt erfahren, wurden hier durch die Aufmerksamkeit von zwei Nachwächtern ein großer Posten Diebstahl, Stoffe im Werte von 8000 bis 100 000 Mark, beschlagnahmt. Der beiden Wächtern fielen in der frühen Morgenstunde zwei Männer auf, welche mit einem beladenen Handwagen die Landstraße passierten. Da dieselben sich aber über den Erwerb der Ware nicht ausweisen konnten, wurden sie ins Wachtlokal mitgenommen und später von der Gendarmerie abgeführt. Es soll sich um einen Bahndiebstahl handeln.

DZ. Konstanz, 14. März. Dem Beispiel Mannheim und Freiburg folgend, haben die hiesigen Abgeordneten sämtlicher Parteien im Landtag einen Antrag gestellt, in welchem die Regierung ersucht wird, dem hiesigen Stadttheater einen staatlichen Unterstützungsbetrag zur Verfügung zu stellen.

DZ. Konstanz, 15. März. Die Strafkammer Konstanz verurteilte nach beinahe eintägiger Verhandlung den verheirateten Photographen und Kunstmaler August Simon aus Donaueschingen unter Einrechnung einer gegen ihn vom Schwurgericht am 23. Januar wegen Mordverbrechens ausgesprochenen vierjährigen Gefängnisstrafe, wegen Abtreibung zu 7 Jahren Zuchthaus und dessen Bruder Emil Simon, Buchdruckermeister in Donaueschingen mit gleicher Einrechnung zu 5 Jahren Zuchthaus und beide zu 10 Jahren Ehrverlust. Die Ehefrau August Simon, die vom Schwurgericht 10 Monate Gefängnis erhielt, wurde zu einem Jahr 3 Monaten und die Photographengehilfin Johanna Herringer von Landskron unter Einrechnung der Mordverbrechenstrafe von 1 Jahr zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis. Drei weitere Angeklagte, darunter die Tochter des Emil Simon, kamen mit je 4 Monaten davon. Zwei weitere Beteiligte sind gestorben, davon ein 22jähriges Mädchen an den Folgen des an ihr durch das Ehepaar Simon vorgenommenen Eingriffes. In zahlreichen Personen, von denen sie den größten Teil geschleichtlich mißbrauchten, wurden die Verbrechen vorgenommen und selbst die eigene Tochter, Nichte und Ehefrau dazu angestiftet und zur Mithilfe herangezogen. Die Verhandlung gab einen Tiefsinn marktschreier und stillosen Bestemmenheit, wie ihn der Gerichtsjaal kaum gesehen hat.

DZ. Karlsruhe, 15. März. Der freche Räuber, der vor einigen Wochen bei dem Gemeinderat Ernst in Riederkreute einbrach und die Eheleute Ernst schwer mißhandelte, ist in der Person des Dienstknechts Franz Sales Kronenthaler aus Hilsingen i. S. festgestellt und verhaftet worden. Kronenthaler wurde vor einigen Tagen wegen Verletzung eines Offenbarungsbüchchens verhaftet. Bei dieser Untersuchung lenkte sich der Verdacht auf ihn, auch der Räuber von Riederkreute zu sein. Er gab schließlich die Tat zu, nur will er sie auf Anstiften des Dienstknechts Leopold Gutlicher in Riederkreute ausgeführt haben. Gutlicher war wegen der Täterschaft bereits verhaftet, wurde aber freigelassen, da er sein Alibi für jene Nacht nachweisen konnte. Als die Meider des Kronenthaler nach Wilsingen durchsucht wurden, fand man in einem Rockärmel eingeklemmt 6000 Mark. Damit dürfte auch der Meineid nachgewiesen sein.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe als Kongressstadt. In den Tagen vom 20. April bis 1. Mai d. J. wird in den Mauern der Landeshauptstadt die Jahresversammlung des Badischen Bundes Deutscher Jäger abgehalten werden. Eine Reihe von Ausflügen ist schon damit beschäftigt, die nötigen Vorbereitungen für die Jagung zu treffen, zu der aus allen Teilen des Landes die Jäger zahlreich erwartet werden.

DZ. Ein Reichtum für Karlsruhe. Hier hat sich eine Vereinigung gebildet, die zur Förderung des Reichsports wieder ein Reichtum ins Leben rufen will. Es wurden bereits gegen 200 000 M. an Anteilscheinen gezeichnet. In Betracht kommt die Reithahn in Gottesau.

Landestheater. Das gesamte Personal des Badischen Landestheaters hat die Veranstaltung eines großen Frühlingsfestes beschlossen, das am Sonntag, den 20. Mai im Stadtpark und in der Festhalle stattfinden und dessen Reinertrag zugunsten der Alt-Pensionäre des Landestheaters verwendet werden soll, die sich infolge der ungünstigen Geldentwicklung in einer überaus traurigen Lage befinden.

Zur Verringerung dieser der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannten Existenznot ehemaliger Mitglieder des früheren Hoftheaters hat die Veranstaltung eines großen Frühlingsfestes beschlossen, das am Sonntag, den 20. Mai im Stadtpark und in der Festhalle stattfinden und dessen Reinertrag zugunsten der Alt-Pensionäre des Landestheaters verwendet werden soll, die sich infolge der ungünstigen Geldentwicklung in einer überaus traurigen Lage befinden.

Zur Verringerung dieser der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannten Existenznot ehemaliger Mitglieder des früheren Hoftheaters hat die Veranstaltung eines großen Frühlingsfestes beschlossen, das am Sonntag, den 20. Mai im Stadtpark und in der Festhalle stattfinden und dessen Reinertrag zugunsten der Alt-Pensionäre des Landestheaters verwendet werden soll, die sich infolge der ungünstigen Geldentwicklung in einer überaus traurigen Lage befinden.

Badische Gemeindeschau.

Badischer Gemeindeverband.

Über die Sitzung des Verbandsvorstandes, die vor kurzem in Karlsruhe abgehalten wurde, geht uns der folgende Bericht zu:

1. Finanzlage der Gemeinden. Der Entwurf der Reichsregierung zur Änderung des Landessteuergesetzes, welcher vor kurzem dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, bringt keine materielle Besserstellung der Gemeinden, weil der prozentuale Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer nicht erhöht und auch — eine Beteiligung an der Fahrsteuer und Kraftfahrzeugsteuer sowie an der Gewerbesteuer nicht vorgesehen ist. Gegenüber dem Zustand

vom Jahre 1920 ist sogar eine Verschlechterung eingetreten, wenn die jetzt eingehenden Gesamtbeträge unter dem Gesichtspunkte der Geldentwertung betrachtet werden.

Der Vorstand hält eine bedeutende Erweiterung des gemeindlichen Besteuerungsrechts für dringend erforderlich und stellt durch den Deutschen Landgemeindevorstand bei der Reichsregierung die erforderlichen Anträge. Werden trotz des da und dort schon nahe liegenden finanziellen Zusammenbruchs ausgiebige Steuerquellen den Gemeinden nicht zur Verfügung gestellt, dann ist zum mindesten Ersatz zu leisten für die sehr bedeutenden Aufwendungen, die ihnen aus ihrer Tätigkeit für Reich und Staat erwachsen.

2. Steuerverteilungsgesetz. Im Anschluß an die Änderung des Landessteuergesetzes wird auch das badische Steuerverteilungsgesetz geändert werden. Der Vorstand hofft, daß bei diesem Anlaß auf die wirtschaftliche Schwierigkeit der Gemeinden Rücksicht genommen wird. Gegen Verschlechterungen, wie sie anscheinend beabsichtigt sind, müßte jedenfalls entschieden Einspruch erhoben werden.

3. Förderung des Wohnungsbaues. Der Vorstand hält eine Erhöhung des Landesdarlehens für den Zweckbau von Wohnflächen von 450 bzw. 500 M. auf 650 bzw. 1000 M. sowie eine Bestimmung für dringend erforderlich, daß sich die Sätze in Zukunft mechanisch an die Teuerung anpassen, da inzwischen die Baukosten wesentlich gestiegen sind und der unterirdische Betrag eine solche Höhe erreicht hat, daß er vom Bauherrn allein nicht mehr getragen werden kann.

Bei der Regierung soll außerdem beantragt werden, daß mit den Bauarbeiten in Zukunft sofort nach der politischen Genehmigung, die unter Umständen vorläufig zu erteilen ist, begonnen werden kann, auch wenn der ministerielle Bewilligungsbefehl noch nicht erlassen ist, damit der Bauzustand bei der fortschreitenden Teuerung nicht durch die behördliche Verwaltungstätigkeit erhöht wird.

4. Erhöhung der Wohnungsabgabe. Die Erhöhung auf 5 Prozent des Steuerwertes der Gebäude wird gutgeheißen.

5. Arbeitslosenversicherung. Der neue Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bringt eine neue schwere Belastung der Gemeinden und damit eine erhebliche Verschlechterung gegenüber der gegenwärtigen Rechtslage. Der Vorstand wendet sich insbesondere gegen die vorgesehene Verpflichtung der Gemeinden, kranken Arbeitslosen die gleichen Leistungen wie die Krankenkassen zu gewähren. Auch andere Bestimmungen werden beantragt. Die entsprechenden Anträge sind bereits durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindevorstandes gestellt worden.

6. Kleinrentnerfürsorge. Den Gemeinden wird empfohlen, die Kleinrentnerfürsorge mit sozialem Verständnis durchzuführen und die Beihilfen nach den Reichsgrundrissen zu bemessen, damit den Gemeinden die Reichszuschüsse gewährt werden können.

7. Altershilfe. Der Badische Gemeindeverband tritt dem Verein Altershilfe des Deutschen Volkes als Mitglied bei.

7. Änderung des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperbeschädigte. Das gegenwärtige Gesetz hat sich durch die inzwischen eingetretene Geldentwertung als unzulänglich erwiesen. Werden Gemeindebeamten zur Ruhe gesetzt, sind die Leistungen der Fürsorgekassen zu gering, daß die Gemeinden mit wesentlichen Zuschüssen belastet werden. Eine Änderung des Gesetzes läßt sich deshalb nicht mehr verschließen, wobei wohl das reine Umlageverfahren eingeführt werden muß. Bei der Regierung ist entsprechender Antrag zu stellen.

8. Aufhebung der Amtsvorprüfung. Der Vorstand bedauert lebhaft, daß das Ministerium des Innern entgegen unferm früheren Antrag auf weitere Ausdehnung der Amtsvorprüfung beabsichtigt, deren besondere Prüfung aufzugeben. trotzdem die Verhältnisse in der Gemeindeverwaltung immer schwieriger und trostloser werden und eine sachkundige Ver-

waltung und Wirtshaft mehr als je notwendig machen. Der Vorstand rechnet bestimmt damit, daß die Regierung dem berechtigten Verlangen der Landgemeinden Rechnung trägt und auf deren Interessen Rücksicht nimmt.

Aus der Angestelltenversicherung.

Angestelltenversicherung der Büroangestellten.

Sch. Büroangestellte sind nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtig, soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden. Niedere Beschäftigungsarten sind nicht Schreibarbeiten, sondern Botengänge, Förderdienste, Reinigungs-, Aufräumungs- und ähnliche Arbeiten (Küchenarbeiten); als mechanische Beschäftigungen sind reine Abschreibearbeiten (Kopierarbeiten) nach schriftlicher Vorlage anzusehen. Insbesondere sind folgende Dienstleistungen nicht mechanisch und daher versicherungspflichtig: Aufnahme und Übertragung von Stenogrammen, mündliche und schriftliche Vorträge, Buchführung und einfacher Art, statistische Arbeiten, Listenführung, Ausfüllung von Vordrucken, Registraturarbeiten. Versicherungspflicht besteht auch dann, wenn der überwiegende Teil der Dienstleistung mechanischer Art ist, da nur lediglich mit mechanischen Arbeiten beschäftigte Personen versicherungsfrei sind.

Das Vorstehende trifft auch auf die Bürobediensteten zu, wenn der ihnen gezahlte Entgelt die Hälfte des Ortslohnes für Angestellte desselben Geschlechts und desselben Alters übersteigt. In Zweifelsfällen erteilen Auskunft der Rentenaußschuß Berlin der Angestelltenversicherung, Berlin-Wilmersdorf, Ritschburgerplatz 2, und Geschäftsstellen der Ortsausschüsse der Angestelltenversicherung und die in einer Reihe von Städten tätigen Revisionsbeamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Angestelltenversicherungspflicht von Lehrlingen und Volontären.

sch. Handlungslehrlinge im Sinne der §§ 76 ff. des Handelsgesetzbuches sind während der Dauer der Lehrzeit nicht versicherungspflichtig nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte. Bürobedienstete, d. h. Lehrlinge die nicht im Handels- u. u. tätig sind, sind dann versicherungspflichtig, wenn ihre Tätigkeit nicht bloß in niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen besteht und wenn das gezahlte Entgelt die Hälfte des Ortslohnes für Angestellte desselben Geschlechts und desselben Alters übersteigt. Die Versicherungspflicht beginnt mit dem Tage, an dem der Angestellte 16 Jahre alt wird. Für Volontäre im Handelsbetriebe, für die ein regelrechtes Lehrungsverhältnis (Lehrvertrag) besteht, gilt dasselbe wie für Handlungslehrlinge.

In Zweifelsfällen erteilen Auskunft der Rentenaußschuß Berlin der Angestelltenversicherung in Berlin-Wilmersdorf, Ritschburgerplatz 2, die Reichsversicherungsanstalt und die Revisionsbeamten der Reichsversicherungsanstalt und die Geschäftsstellen der Ortsausschüsse der Vertrauensmänner. Die Lage des Arbeitsmarktes.

Schwerhörige!

Können unsere neuesten Hörapparate am Montag, 20. März im Hotel Lutz, Karlsruhe, von 10—6 Uhr, unverbindlich prüfen. Deutsche Otophone-Comp. G. m. b. H., Frankfurt a. M., Ullmensstraße 47.

Dresdner Bank
Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-
Niederlassungen in Baden:
Mannheim u. Heidelberg
Freiburg i. B. u. Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-
R. 959

Arterien-Verkalkung

Gicht, Gelenkrheumatismus/Steinleiden ist heilbar. 19 Prospekte gratis.
Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

Prälatische Hypothekbank, Ludwigshafen a. Rh.
Bilanz vom 31. Dezember 1921.

Aktiva.	
Inventar	100.—
Kasse, Reichs- und Notenbank	412 229.65
Wechsel, Wertpap. u. Schuldb. Forderungen	17 468 159.51
Schuldner	35 315 967.08
Hypotheken- u. Kommunal-Darlehen	495 006 144.99
Baugebäude	420 000.—
Anlage der Wohnfabrikfonds	1 891 665.78
Reichsstempel	126 000.—
Laufende Darlehenszinsen	1 503 401.40
552 141 668.41	

Passiva.	
Aktien-Kapital	19 000 000.—
Hypothekendarlehen u. Komm.-Oblig.	494 911 800.—
Reserven	18 974 488.11
Vorräte	3 218 763.85
Konto für gemeinnützige Zwecke	56 708.24
Wohnfabrikfonds	1 945 426.08
Gläubiger	4 152 864.79
Unerhob. Gewinnanteil u. Zinsguthaben	5 025 090.50
Aufgel. Hypothek.-Forderungen und Komm.-Obligat.-Zinsen	1 766 752.—
Gewinn einschl. Vortrag von 1920	3 089 774.84
552 141 668.41	

Sonntag, den 19. März.
Landestheater. 6 1/2—9 Uhr
Konzerthaus. 7—9 Uhr
Tiefenland. 50 M.
Zwangs-einquartierung

Ich kaufe 8 Tage lang von Montag bis Samstag Schmucksachen, Gold, Silber, Platingegenstände, Brillanten, Perlen, Edelsteine, Gebisse, Zähne, Ketten, Uhren 1121 zu sehr hohen Auslandspreisen
Jucra, Kriegstraße 901, Hotel National.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H., Sitz Karlsruhe.

Die diesjährige ordentliche Frühjahrsgeneralversammlung findet am Samstag, den 29. April in Karlsruhe, Restauration Riegler, Raumerstr. 18, statt und beginnt pünktlich 3 Uhr nachmittags. Anträge hierfür wollen jagungsgemäß bis 10. April 1922 dem Vorstehenden des Aufsichtsrates, Herrn Eisenbahnbeamten Gengel, — Kriegsstraße 7 (Alter Personenbahnhof) — schriftlich übersandt werden. Die genaue Tagesordnung wird rechtzeitig bekannt gegeben. Verspätet gestellte Anträge finden keine Berücksichtigung. Karlsruhe, den 17. März 1922. R. 122
Der Vorstand: Für den Aufsichtsrat: Schäfer, Häusle, Rajner, Gengel.

Charakter-entzug

(20 Zeilen in Linie gedr.)
Wart 6.50 20088
Grapholog. Institut
R. S. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Bürgerliche Rechtspflege.
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Konkursverfahren.
R. 482. Wiesloch. Über das Vermögen des Wilhelm Friedrich Beder, Zigarettenfabrikant in Waldorf, wurde heute am 15. März 1922, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Wimmer in Wiesloch wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. April 1922 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 18. April 1922, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesloch Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemein-

schuldner zu verabreichen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. April 1922 Anzeige zu machen.
Wiesloch, 16. März 1922.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.
R. 481. Karlsruhe. Über das Vermögen des Wirtshausbesitzers Josef Messerer in Karlsruhe ist heute an Stelle des verstorbenen Herrn Rechtsanwalts Strohmeyer in Karlsruhe Herr Referendar Oldendorfer in Karlsruhe zum Konkursverwalter ernannt worden.
Karlsruhe, 15. März 1922.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Verstorbene

Bestattungen.

Ruhholzversteigerung des bad. Forstamts Borsberg am Montag, den 27. März 1922, vormittags 11 Uhr, im Wäldchen bei Borsberg aus den Staatswaldungen bei Wingenhofen (Forstwart Wogner in Wingenhofen), bei Wallenberg (Forstwart Walz in Wallenberg) und Gutshaus (Forstwart Geier in Gutshaus): 1. Eichen (93 Fst.) 2 L., 12 II., 23 III., 42 IV., 50 V. M. Buchen (71 Fst.): 4 L., 23 II., 35 III., 3 III., 43 IV., 36 V. M. 3 Erlen IV. M. (2,90 Fst.), 10st. Hartkornholz 5,50 Fst., 35 Fichten IV. bis VI. M. Auszüge kostenfrei durch das Forstamt. Händler, die keine Handelslaubnisse besitzen, oder ihren Handelslaubnissen beim Verkaufserlös mir nicht vorweisen können, sind vom Kauf ausgeschlossen. R. 477

Ruhholzversteigerung des bad. Forstamts Geroldsheim aus Staatswald Schmalde-Langwiese und Niederwiese am Dienstag, 28. März 1922, vormitt. 9 Uhr, im Müllerschen Saal in Lauba. 1. Stammholz: 45 Eichen I.—IV. M. mit 56 Fst.; 28 Buchen I. bis IV. M. mit 28 Fst.; 43 Sämlingen II.—VI. M. mit 19 Fst.; 1 Khoru V. M.; 1 Birke V. M.; 15 Ahorn V. und VI. M.; 11 Eichen III.—VII. M. mit 240 Fst.; 16 Weisstannen VI. M. 2. Stammholz: Eichen 15 I. M.; 1 Nadelholzschm. II. M.; 23 Kieferstämme I. und II. M. und 2 Eichen 1. M.; Oberforstwart Herrmann in Stuppenheim zeigt das Holz auf Verlangen vor. R. 479.2.1

Verstorbene

Bestattungen.

Ruhholzversteigerung des bad. Forstamts Borsberg am Montag, den 27. März 1922, vormittags 11 Uhr, im Wäldchen bei Borsberg aus den Staatswaldungen bei Wingenhofen (Forstwart Wogner in Wingenhofen), bei Wallenberg (Forstwart Walz in Wallenberg) und Gutshaus (Forstwart Geier in Gutshaus): 1. Eichen (93 Fst.) 2 L., 12 II., 23 III., 42 IV., 50 V. M. Buchen (71 Fst.): 4 L., 23 II., 35 III., 3 III., 43 IV., 36 V. M. 3 Erlen IV. M. (2,90 Fst.), 10st. Hartkornholz 5,50 Fst., 35 Fichten IV. bis VI. M. Auszüge kostenfrei durch das Forstamt. Händler, die keine Handelslaubnisse besitzen, oder ihren Handelslaubnissen beim Verkaufserlös mir nicht vorweisen können, sind vom Kauf ausgeschlossen. R. 477

Ruhholzversteigerung des bad. Forstamts Geroldsheim aus Staatswald Schmalde-Langwiese und Niederwiese am Dienstag, 28. März 1922, vormitt. 9 Uhr, im Müllerschen Saal in Lauba. 1. Stammholz: 45 Eichen I.—IV. M. mit 56 Fst.; 28 Buchen I. bis IV. M. mit 28 Fst.; 43 Sämlingen II.—VI. M. mit 19 Fst.; 1 Khoru V. M.; 1 Birke V. M.; 15 Ahorn V. und VI. M.; 11 Eichen III.—VII. M. mit 240 Fst.; 16 Weisstannen VI. M. 2. Stammholz: Eichen 15 I. M.; 1 Nadelholzschm. II. M.; 23 Kieferstämme I. und II. M. und 2 Eichen 1. M.; Oberforstwart Herrmann in Stuppenheim zeigt das Holz auf Verlangen vor. R. 479.2.1

Reinigung der Glasbäcker, Oberlichter und Fenster, sowie Abstauben der Wandflächen in den Wohn-, Geschäfts- und Gängen auf den Stationen Baden-Baden, Baden-Dos und Najat öffentlich zunächst auf 3 Jahre zu vergeben. Bedingnisliste und Arbeitsbeschriebe liegen auf unserem Hochbauamt. Forster Robert in Weisloch zeigt das Holz auf Verlangen vor. R. 479.2.1

Verstorbene

Bestattungen.

Ruhholzversteigerung des bad. Forstamts Borsberg am Montag, den 27. März 1922, vormittags 11 Uhr, im Wäldchen bei Borsberg aus den Staatswaldungen bei Wingenhofen (Forstwart Wogner in Wingenhofen), bei Wallenberg (Forstwart Walz in Wallenberg) und Gutshaus (Forstwart Geier in Gutshaus): 1. Eichen (93 Fst.) 2 L., 12 II., 23 III., 42 IV., 50 V. M. Buchen (71 Fst.): 4 L., 23 II., 35 III., 3 III., 43 IV., 36 V. M. 3 Erlen IV. M. (2,90 Fst.), 10st. Hartkornholz 5,50 Fst., 35 Fichten IV. bis VI. M. Auszüge kostenfrei durch das Forstamt. Händler, die keine Handelslaubnisse besitzen, oder ihren Handelslaubnissen beim Verkaufserlös mir nicht vorweisen können, sind vom Kauf ausgeschlossen. R. 477

Badisch-Württemberg. Güterverkehr.

Der angekündigte neue badisch-württembergische Gütertarif ist erschienen und zum Preise von 17 Mark durch die Dienststellen zu beziehen. R. 500
Der bisherige badisch-württembergische Gütertarif bleibt für gewisse Stationenverbindungen vorläufig noch bestehen. Das Nähere hierüber ist aus unserem Tarifanzeiger zu ersehen. R. 500
Karlsruhe, 15. März 1922.
Güterabgabengeneraldirektion.